

Indonesiens permanente Krise

Während die mittlerweile illegale Kommunistische Partei Indonesiens am 23. Mai 1968 des 48. Jahrestages ihrer Gründung gedachte, feierte das Land am 17. August den 23. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Beide Gedenktage mußten den Eindruck hinterlassen, daß man sich lediglich auf die Ursprungsdaten besann, die Zwischenzeit jedoch lieber unbeachtet ließ, stand doch unübersehbar über beiden das einschneidende Datum, das sich nun bereits zum dritten Male jährt: der 30. September 1965. Der damals mißglückte kommunistische Putsch beendete den großen Einfluß der Kommunisten Indonesiens ebenso wie die Epoche Sukarno.

Inzwischen haben die Kommunisten Selbstkritik geübt und begonnen, mit denjenigen, die dem grausamen Mörder nach dem Putschversuch entgangen und nun noch weiterhin zur Mitarbeit bereit sind, eine völlig neue Parteiorganisation und Guerillagruppen aufzubauen. Auf staatlicher Ebene wurde das von Sukarno geprägte Prinzip des „Nasakom“, der Verbindung von Nationalismus, Religion und Kommunismus, aufgegeben. Doch erreichte man bisher durch die Ausschaltung der Kommunisten keineswegs Ruhe und Zufriedenheit im Volk. Ganz im Gegenteil scheinen jetzt radikale Elemente zu versuchen, die lange Zeit geübte Toleranz auf den Gebieten des Nationalen und der Religionen zu zerstören.

Unruhen dauern an

Manche Befürchtungen für Indonesien spiegelten sich in der Rede von General Suharto, dem Präsidenten der Republik, wider, die er am 12. Dezember 1967 vor dem Kabinett hielt. Damals erklärte er, „daß Enttäuschung und Mißtrauen des Volkes gegenüber der Regierung ein großes Unglück bedeuten, weil das Volk tatsächlich die Geduld zu verlieren beginnt, eine Folge der von der alten Regierung übernommenen Mißstände, so daß das Jahr 1968 als ein Jahr des Endes der Hoffnungen oder der Erschöpfung der Geduld des Volkes bezeichnet werden kann“ (vgl. „Indonesien“, Heft I, 1968, S. 4 ff.).

Die vielfältigen Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten gerade des Jahres 1967 hatten sicherlich ebenso zu diesem nicht gerade aufmunternden Aufruf beigetragen wie die von der studentischen Wochenzeitung „Mahasiwa Indonesia“ im November 1967 zum Ausdruck gebrachte Unzufriedenheit eines großen Teiles der Jugend: „Wir haben nie ‚normale Zeiten‘ erlebt, wir wurden im Krieg geboren, und wir wuchsen in einer Zeit endloser Aufstände, Wirren und Unterdrückungen auf, in elenden Verhältnissen. Wir sind seit 22 Jahren unabhängig, und wir sehen keine Veränderung, keine Verbesserung, keinen Ausweg...“

Große Veränderungen oder Verbesserungen lassen sich wahrscheinlich so kurz nach Übernahme eines dermaßen schwierigen und belasteten Erbes kaum verwirklichen. Immerhin muß man die Bemühungen der neuen Regierung um die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, um Beendigung von Arbeitslosigkeit und Korruption anerkennen. Die Konsolidierung der „Neuen Ordnung“ wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, da es unbedingt notwendig erscheint, gleichzeitig auf ideologisch-politischem Gebiet eine Neuordnung zu schaffen, von der Suharto in der gleichen Rede sagte, dieser Prozeß auf geistigem Gebiet sei noch keineswegs

abgeschlossen, er sei „noch nicht zufriedenstellend, weil die geistige Umerziehung in der Tat einer der schwierigsten Aspekte ist und Beharrlichkeit und Zeit erfordert“.

Chinesen, Moslems und Christen

Die bis heute andauernden Auseinandersetzungen zwischen der chinesischen Minderheit und Indonesiern sowie zwischen der christlichen Minderheit und Mohammedanern sind ein weiteres Beispiel für den noch lange nicht beendeten Prozeß der „geistigen Umerziehung“. Beide Vorgänge gehören in gewisser Weise zusammen. Ganz vereinfacht und nur unter Berücksichtigung weniger Aspekte läßt sich diese Verbindung folgendermaßen zeigen: Nach dem Putschversuch richteten sich Haß und Rache besonders der Moslems gegen jeden, der im Verdacht stand, Anhänger des Kommunismus zu sein. Der Großteil der Christen hielt sich von dieser Verfolgung zurück — wenn man auch darauf hinweisen muß, daß sowohl unter den Putschisten als auch unter den späteren Verfolgern Christen anzutreffen waren —, ja unterstützte die Bedrängten und mahnte zur Zurückhaltung. Als dann in der zweiten Welle der Empörung plötzlich alle Chinesen irgendwie als verdächtig oder belastet hingestellt wurden, kam es zu einem unerwartet großen Zulauf besonders von chinesischer Seite zu den christlichen Kirchen. Daraus konstruierten extreme Moslemgruppen eine Zusammenarbeit der Christen mit den Kommunisten und begannen mit Angriffen gegen sie.

Viele weitere Anlässe haben das gesamte Problem jedoch noch erheblich erschwert. So hat es schon früher mehrfach Attacken gegen die Chinesen in Indonesien gegeben. Das am 1. Januar 1960 in Kraft getretene Präsidialdekret, das den Chinesen jeglichen Handel in den Landgebieten untersagte, führte beispielsweise dazu, daß rund 400 000 Chinesen bis 1962 das Land verließen, und zwar meistens in Richtung Volksrepublik China. Ca. 40 000 von ihnen sollen Katholiken gewesen sein, die trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Ausübung ihrer Religion diesen Weg den Anfeindungen in Indonesien vorzogen.

Größere Unruhen gab es noch einmal 1963, die jedoch mit Hilfe starker Truppenverbände bald aufgelöst wurden. Inzwischen hatte Präsident Sukarno entgegen den alten indonesisch-chinesischen Differenzen engere Kontakte zu Peking geknüpft, von Formosa unterhaltene Schulen schließen lassen und sich immer stärker mit Peking eingelassen. Damit ruhten die inneren Streitigkeiten, ja viele Chinesen waren aktiv an der Arbeit der Kommunistischen Partei Indonesiens beteiligt, die bereits seit längerer Zeit ganz auf Peking-Kurs lag.

Nach dem 30. September änderte sich das Bild wieder vollkommen. Die KP mußte in den Untergrund gehen, und am 31. Oktober 1967 brach Djakarta die diplomatischen Beziehungen zu Peking schließlich ab.

Der Anteil der Auslandschinesen

Rund drei Millionen Chinesen leben heute wahrscheinlich unter den ca. 110 Millionen Indonesiern. Von diesen drei Millionen besitzt etwa die Hälfte die indonesische Staatsbürgerschaft und stammt zumeist aus Familien, die seit Generationen in Indonesien leben. Von dem

Rest haben mindestens 250 000 einen Pekinger Paß. Alle übrigen gelten als staatenlos, da sie sich entweder zwar zum Festland gehörig fühlen, jedoch keine entsprechenden Papiere haben, oder aber einen Ausweis Nationalchinas besitzen, der bisher jedoch nicht anerkannt wird. Unterteilt man nicht nach der Staatsbürgerschaft, sondern nach dem Geburtsland, so gibt es 70 % in Indonesien geborene Chinesen („Peranakan“ genannt) gegenüber 30 % in China („Totok“ genannt) oder im Ausland geborene Chinesen. Die Totok-Chinesen haben sich wenig assimiliert, meistens die chinesische Sprache beibehalten und sich hauptsächlich auf den Handel spezialisiert. Im übrigen unterhalten sie teilweise enge Bindungen an ihre Familien auf dem chinesischen Festland. Die Peranakan-Chinesen dagegen sprechen meistens die indonesische Sprache, haben sich fast ganz eingefügt, unterhalten kaum Kontakte zu China und haben die verschiedensten Berufe, u. a. in der Verwaltung, inne (vgl. „China Notes“, Juli 1967).

Von den seit 1965 in vier größeren Wellen über das Land gegangenen Chinesen-Verfolgungen wurden alle Chinesen, ganz gleich, ob sie die indonesische Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht, gleichermaßen erfaßt. Im Dezember 1965 lag der Schwerpunkt in Medan, Makassar und auf Bali, im August/September 1966 in Nord-Sumatra, im März/April 1967 in Ost-Java und Djakarta und im Oktober 1967 schließlich in Westkalimantan (Borneo). Die äußeren Anlässe variierten, doch standen zwei Vorwürfe oder Begründungen im Vordergrund: Verdacht kommunistischer Tätigkeit oder Sympathien sowie Unterstützung oder Schutz von Guerillas. Unausgesprochen spielte aber überall sicherlich auch jener schon so oft gefährlich gewordene Minderwertigkeitskomplex eine Rolle, den sich die Indonesier in langen Jahren der Kolonialherrschaft angewöhnt haben, in denen es die Chinesen am besten verstanden, eine Vormachtstellung zu erlangen und den Handel und die Finanzen in ihre Hände zu bekommen. Viele Indonesier können es außerdem bis heute nicht vergessen, daß die Chinesen die revolutionären Bemühungen Indonesiens um Erlangung der Selbständigkeit damals kaum unterstützten, ihnen teilweise sogar feindlich gegenüberstanden.

Ähnliche Probleme wie in Indonesien ergeben sich übrigens in vielen Ländern Ostasiens, wo Auslandschinesen häufig stark vertreten sind (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 47). Ihr Fleiß, ihre Ausdauer, ihre Geschäftstüchtigkeit und der daraus folgende Neid, die Mißgunst und schließlich sogar die Verfolgung von seiten der Nichtchinesen haben bereits dazu geführt, daß man sie als die „Juden des Fernen Ostens“ bezeichnet.

Kommunisten im Untergrund

Der Regierung Suharto kann im Grunde nicht an Ausschreitungen gegen die Chinesen gelegen sein, da sie bei den schwierigen Wirtschaftsproblemen unbedingt auf die Erfahrung und das Kapital der Chinesen angewiesen ist. Sie bemüht sich deshalb, das Schlimmste zu verhindern, was jedoch nicht ausschließt, daß einzelne Militärs oder Bevölkerungsgruppen ihre Schikanen, Plünderungen, Boykotts und Morde fortsetzen. Erschwert wird die Situation durch ständige Wiederholungen angeblicher Erfolgsmeldungen von Spezialtruppen im Kampf gegen „auslandschinesische subversive Elemente“ sowie durch die provokatorischen und anti-indonesisch aufhetzen-

den Propagandasendungen von Radio Peking. Nicht nur aus Meldungen Pekings und Veröffentlichungen der verbotenen KP, sondern auch aus Regierungsberichten läßt sich ablesen, daß die Kommunisten erhebliche Anstrengungen machen, um das Suharto-Regime zu zermürben. Speziell in Ost-Java sammeln sich die kommunistischen Guerillas, wo erst Anfang August 600 Partisanen gefangen und 30 getötet wurden. Bei einem der Gefechte soll auch der Führer der kommunistischen Untergrundbewegung, Oloan Hutapea, ums Leben gekommen sein. Von den 83 Mitgliedern des Zentralkomitees der KP sollen bisher erst 35 gefaßt worden sein, so daß damit zu rechnen ist, daß der Rest die neue Partei organisiert. In ihrer Selbstkritik hatte die Parteiführung 1966 erklärt, die indonesische Revolution müsse den Weg der chinesischen Revolution unbedingt einschlagen, d. h., „die indonesische Revolution muß ... den bewaffneten Kampf des Volkes gegen die bewaffnete Konterrevolution einschlagen, der nichts anderes als die bewaffnete Agrarrevolution der Bauern unter der Führung des Proletariats bedeutet“. In einer zusätzlichen Erklärung vom Mai 1968 hieß es: „Aus Angst vor dem revolutionären Einfluß aus der großen Volksrepublik China entfesselte es (Suhartos Regime) eine beispiellose rassistische Kampagne gegen China und die chinesischen Staatsangehörigen“ (zit. nach „Peking-Rundschau“, 4. 6. 68).

Angesichts dieser offenkundigen Bedrohung hat die Regierung bisher doch größtenteils Zurückhaltung in allen die Chinesen betreffenden Fragen gezeigt. Die Haltung der Führung läßt sich aus einigen Veröffentlichungen und Dekreten ablesen. So heißt es beispielsweise in einem Erlaß vom 18. November 1966, daß „im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und gemäß der Philosophie unseres Staates, die auf dem Gesetz und den fünf Prinzipien begründet ist“, folgende Punkte zu beachten seien: 1. Die Massenbewegung von Chinesen von einer Region zur anderen ist verboten; 2. Chinesen, die in ihr Land zurückkehren wollen, darf keine Schwierigkeit bereitet werden; 3. Gegen Chinesen, die sich krimineller oder subversiver Tätigkeit schuldig machen, muß legal vorgegangen werden; 4. Die Chinesen, die sich nicht an Tätigkeiten — wie unter 3. angeführt — beteiligen und die augenblicklich geltenden Maßnahmen beachten, sollen weiterhin jeglichen gewünschten Schutz erhalten.

Zwang zur Loyalität

Nach antichinesischen Ausschreitungen in Djakarta im April vorigen Jahres setzte General Suharto ein „Staatskomitee für chinesische Angelegenheiten“ ein, das Vorschläge zur Lösung der Frage erarbeiten soll. Am 16. August 1967 bat er die „Bürger chinesischer Abstammung, nicht länger ihre Integration und Assimilation in die indonesische Gesellschaft zu verzögern“, und am 17. Dezember 1967 gab er einen Erlaß heraus, der alle Indonesier chinesischer Abstammung einlud, ihre chinesischen Namen gegen indonesische einzutauschen. Wahrscheinlich wollte er damit erreichen, daß zumindest dieser Teil der chinesischen Bevölkerung vor weiteren Angriffen und Verfolgungen gesichert ist. Den anderen wurde schon seit einiger Zeit angeraten, das Land zu verlassen, doch warten noch viele in den „Auswanderungszentren für Chinesen“, da selbst Peking nur wenige von ihnen aufnehmen will (weil dann ja eine Möglichkeit zur Unruhestiftung in Indonesien wegfallen würde...).

Alle chinesischen Schulen sind geschlossen, alle chinesischen Zeitungen verschwunden, und die für Ende 1965 vorgesehene Eröffnung einer chinesischen Universität in Medan dürfte wohl auf immer verschoben sein. Man erwartet also von offizieller Seite, daß die Chinesen ihre Eigenheiten und Traditionen aufgeben, sich „loyal“ verhalten und in den Dienst Indonesiens stellen, um sich später ganz als Indonesier zu fühlen. Nur so glaubt man, auf die Dauer das Problem lösen zu können. Eine inzwischen gefaßte Entscheidung, die vorsieht, daß ab 1977 Investitionen im Bereich des Handels für Ausländer verboten sein sollen, wird ohnehin einen großen Teil der Chinesen zwingen, entweder das Land zu verlassen oder „indonesisch“ zu werden.

Im Augenblick jedoch ist Hilfe dringend erforderlich für die Tausende von Chinesen, die besonders auf Borneo dem im Oktober 1967 begonnenen Wüten der einheimischen Stämme ausgesetzt waren und sind. Nachdem der Stamm der Dajaks in einem Dorf die Leichen mehrerer Stammesgenossen gefunden hatte, die von kommunistischen Partisanen ermordet worden waren, setzte unter dem Schlagwort „Alle Chinesen sind Kommunisten“ eine Verfolgung der rund 300 000 dort lebenden Chinesen ein. Mehrere Hundert wurden getötet. 50 000—70 000 flohen in die Städte Singkawang und Pontianak, wo sie in Notlagern zusammengefaßt wurden. Dort fehlt es an Nahrung, Kleidung und Medikamenten. Rund 4000 sind bereits dort gestorben. Als erste Hilfe haben Ende Juli die australischen Bischöfe 20 000 DM zur Verfügung gestellt. Die gleiche Summe spendete das US Catholic Relief Service, und das Internationale Rote Kreuz lieferte Lebensmittel, Vitamine und Proteine. Doch reicht diese Hilfe bei weitem nicht aus. Durch die Duldung der Verfolgung und mangelnde Hilfeleistung für die Flüchtlinge liefert man Peking und den Kommunisten zudem neuen Zündstoff. So wies die „Peking-Rundschau“ (5. 7. 68) u. a. darauf hin, durch die Jagd auf Chinesen und die grausame Behandlung in den „Konzentrationslagern“ vergrößere sich die „Blutschuld“ des „faschistisch-militaristischen Suharto-Regimes immer mehr.

Auch die „Neue Zürcher Zeitung“ (30. 11. 67) spart in diesem Fall nicht mit Kritik an der indonesischen Regierung, der vorgeworfen wird, eine „militärische Kampagne angeordnet“ zu haben, „die an die Schlichtereien gegen indonesische Kommunisten in Java und Bali erinnert... Das Armeekommando Westborneos hat an die Urinstinkte der Dajak-Stämme appelliert... deren Männer mit Blasrohren, vergifteten Pfeilen und Speeren jagen und nun ihrem autochthonen Haß gegen die fremden, aber tüchtigen Siedler blutigen Ausdruck verleihen... Die Regierung Suharto hat das Recht, Nester des Aufruhrs und des Widerstandes auszuheben. In diesem wie in früheren Fällen duldet sie jedoch eine gegen eine andere Rasse gerichtete Massenverfolgung und kümmert sich vorläufig weder um Schuld oder Unschuld noch um die verhärmten Menschen, die nach Tagen des Schreckens die Küstenorte überfluten und einem bängigen, ungewissen Schicksal entgegensehen.“

Vermittelnde Stellung der Kirchen

Sowohl die indonesische Bischofskonferenz als auch der Erzbischof von Semarang setzten sich seit 1965 unermüdet für die verfolgten Chinesen ein und baten um Gerechtigkeit, Hilfe und Beendigung von Rache und Terror. Eine Stellungnahme des Zentralkomitees des

indonesischen Rates der Kirchen, in der die Vertreter von 35 protestantischen Denominationen Indonesiens stellvertretend für mehr als vier Millionen Indonesier zu Wort kamen, wurde am 11. September 1966 unter dem Titel „Das Problem der Chinesen“ veröffentlicht und enthielt u. a. die Empfehlung an die Regierung, dringend eine klare Definition zur Unterscheidung von Auslandschinesen und indonesischen Staatsbürgern chinesischer Abstammung zu schaffen. Gegenüber den Auslandschinesen, die in Indonesien leben, solle die Regierung eine Politik verfolgen, die „auf humanitärer Grundlage, unserem nationalen Interesse sowie internationalen Konventionen“ beruhe und „die unverzügliche Beendigung ihrer wirtschaftlichen Vorherrschaft über uns“ zum Ziel habe (vgl. „China Notes“, Juli 1967).

Auch im Zusammenhang mit der seit Ende 1965 zu beobachtenden Konversionsbewegung und den folgenden Angriffen von mohammedanischer Seite sahen sich die Kirchen verschiedentlich zu Stellungnahmen veranlaßt. Bei dieser verstärkten Hinwendung zu den christlichen Kirchen darf man nicht vergessen, daß auch vorher ein ständiger Zustrom zu verzeichnen war. Die enorme Steigerung im Anschluß an die Kommunistenverfolgung hat zu vielfältigen Spekulationen, aber auch zu begeisterten Berichten und sehr skeptischen Vorbehalten geführt. Als Gründe für die Zuwendung zum Christentum, wobei die protestantischen Kirchen und unter ihnen wiederum einige Sekten den stärksten Andrang zu verzeichnen haben, sind bisher folgende zu erkennen:

Unter dem geltenden Prinzip des „Nasakom“ kam wegen kommunistischer Machtentfaltung und eines entsprechend ausgeübten Drucks das religiöse Moment vielfach zu kurz. Die Ereignisse am und nach dem 30. September 1965 beurteilten viele Indonesier als Zeichen Gottes und als Strafe für weitverbreitete Gottlosigkeit. Nach wie vor gilt das Prinzip der „Pantja Sila“, der fünf Säulen, an deren erster Stelle der Glaube an Gott steht. Flores, die mit rund 74% Katholiken „katholische Insel“ Indonesiens, hatte ebenso wie Bali, wo der Hinduismus vorherrschend ist und die wenigen Christen bisher aus der Gemeinschaft ausschloß, einen Zuwachs an Konversionen zu verzeichnen. Am stärksten jedoch war die Bewegung auf Java, wo sich viele Anhänger der „javanischen Religion“, einer Mischung aus Islam, Buddhismus, Hinduismus und uralten „Naturreligionen“, dem Christentum zuwandten. Dies scheint man damit erklären zu können, daß „das Christentum immer dort, wo es in einer mystischen und modern-organisatorischen Gestalt“ auftritt, Erfolg hat, weil es damit „die alt-javanische religiös-kulturelle Tradition mit der modern-revolutionären Entwicklung“ verbindet.

Christen und Chinesen

Die Grausamkeiten bei der Kommunistenjagd, bei denen die Moslems und Hindus die Hauptrolle spielten, und die sich dagegen stark abhebende Haltung des Mitleids und der Unterstützung für die Verfolgten auf seiten der Christen haben sicherlich in großem Maße zu dem Umschwung vom Islam und anderen Religionen zum Christentum beigetragen. Anziehend wirkte bestimmt auch die enorme Tätigkeit und Ausbreitung der Kirche auf sozialem Gebiet, wovon Hospitäler, Apotheken und Schulen ein sichtbares Zeichen geben. Nicht zu unterschätzen ist ferner der von mohammedanischen Religionsführern, die oft zur Feudalschicht und zu den

Landbesitzern zählen, ausgeübte Druck auf die Landarbeiter. Mit Hilfe des Kommunismus kann man sie zur Zeit nicht beseitigen, deshalb versucht man, dem Druck zu entgehen, indem man sich dem Christentum zuwendet und vor allem in den Städten neue Arbeit sucht.

Ging man bisher von 1,5 bis zwei Millionen Katholiken und vier Millionen Protestanten aus, so spricht man heute bereits von rund zehn Millionen Christen, obwohl diese Zahl bisher kaum zu belegen ist. Zu den schon genannten Gründen für die Konversionen kommen durch den Zulauf aus den Reihen der Chinesen einige weitere hinzu. Anfang 1967 waren von den drei Millionen Chinesen Indonesiens 113 000 katholisch und ca. 150 000 protestantisch. (Von den 35 im Rat der Kirchen Indonesiens zusammengefaßten Kirchen bestehen sieben mit 100 000 Mitgliedern aus Indonesiern chinesischer Abstammung.) Inzwischen dürften sie sich erheblich vermehrt haben.

Nach einem Gesetz von Anfang 1967 muß sich jeder Indonesier zu einer der fünf Religionen Islam, Buddhismus, Katholizismus, Protestantismus oder (Bali-)Hinduismus bekennen. Da die kurz danach veröffentlichte Präsidial-Verordnung (Nr. 14) festlegte, daß die „chinesische Sitte der Ahnenverehrung“ nur in „unauffälliger Art im Familienkreis“ erlaubt sei (vgl. „Asian Survey“, Februar 1968, S. 142), muß auch aus diesem Gesetz geschlossen werden, daß es außer dem kommunistischen Atheismus auch chinesische Tradition treffen sollte. Zwar bekennen sich viele der Chinesen zum Buddhismus, doch läßt sich die starke Anhängerschaft des Konfuzianismus und Taoismus nicht übersehen. Interessanterweise enthält selbst die Nr. 1/1968 der von der Botschaft Indonesiens in Bonn herausgegebenen Zeitschrift „Indonesien“ in einer Überschrift unter „Welt-Religionen“ in der Republik noch die Aufzählung: „Islam, Christentum, Bali-Hinduismus, Buddhismus, Konfuzianismus/Taoismus.“

Wachsende Spannungen zwischen Christen und Moslems

Islam und Hinduismus kamen für die Chinesen wegen deren feindlicher Einstellung zu China nicht in Frage, und der Buddhismus hat sich in ihren Augen bisher zu wenig den Fragen der modernen Zeit gestellt und spielt außerdem in Indonesien eine zu unbedeutende Rolle. Beim Christentum dagegen fühlen sie sich sicherer und anerkannter, hier glauben sie vor kommunistischer Verdächtigung bewahrt zu sein. Diese Gründe sind häufig mit Eigeninteressen verknüpft und entbehren echter Überzeugung. Das gilt auch für die sich bietende Gelegenheit, die Kinder nun anstatt in eine staatliche Schule in eine der gut geführten katholischen Schulen zu schicken, da die chinesischen alle geschlossen sind. All dies muß zur Vorsicht und Zurückhaltung auf kirchlicher Seite führen, doch dürfte es schwerfallen, bei jedem Einzelnen die wirklichen Motive zu erkennen. „Mißtrauen gegenüber dem chinesischen Kommunismus, ja Enttäuschung besonders seit der Kulturrevolution, das Interesse, das die Kirche besonders seit dem Konzil für soziale, rassische und wirtschaftliche Probleme gezeigt hat, die Mängel der indonesischen Verfassung bezüglich menschlicher und religiöser Fragen und die Hochachtung für die strenge Organisation der katholischen Erzdiözese Pontianak“ sind nach Meinung des Fides-Dienstes (7. 6. 67) ebenso ausschlaggebend für viele Chinesen gewesen. In manchen Pfarreien stellen die Chinesen inzwischen bereits mehr als die Hälfte aller Gläubigen.

Besonders von mohammedanischer Seite hat der Andrang der Chinesen den christlichen Kirchen den Vorwurf eingetragen, „Schlupfwinkel für kommunistische Elemente“ zu sein. So ist nicht zu übersehen, daß nach den ersten größeren Attacken gegen die Christen nicht mehr so viele Chinesen um die Taufe bitten, müssen sie doch befürchten, daß sie erneut Zielscheibe von Angriffen seitens der Mohammedaner sein werden. Hauptgrund für die Aggressivität islamischer Extremisten dürfte jedoch die starke Konversion vom Islam zum Christentum selbst sein. Jahrelang hatte es eine verhältnismäßig gute Zusammenarbeit zwischen beiden Religionsgemeinschaften gegeben, die auch heute noch besonders in der Studentenorganisation Kami und in der Regierung zum Ausdruck kommt. Jetzt plötzlich mehren sich die Anzeichen für einen Kampf mit Worten und Taten. Während des vergangenen Ramadan wurden in vielen Moscheen Angriffe laut, und am 1. Oktober 1967 schließlich wurden in Makassar zehn protestantische und katholische Kirchen, das Theologische Kolleg, die katholische Schule sowie das Hauptquartier der indonesischen Christlichen Studenten-Vereinigung von Moslems zerstört. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in anderen Orten. General Suharto, selbst Moslem, traf sich sofort mit Vertretern der Kirchen und verurteilte das Vorgehen. Am 30. November 1967 berief er eine Konferenz zwischen Vertretern aller religiösen Gruppen ein, doch konnte keine endgültige Einigung erzielt werden. Suharto, der wegen seiner toleranten Haltung von den radikalen Kräften des Islams, die eine Staatsreligion fordern, heftig angegriffen wird, und der am 26. Mai 1967 ernannte erste indonesische Kardinal, Justin Darmajuwana, der mit 18 Jahren vom Islam zum Christentum übertrat, gelten heute als die wichtigsten Repräsentanten für einen Ausgleich in der gespannten Atmosphäre. Leider sind die Bedingungen für einen Dialog erst an wenigen Orten gegeben. So haben sich die Katholiken bisher auch noch nicht entschließen können, daß in ihren Schulen den mohammedanischen Kindern eigener Glaubensunterricht erteilt wird. Weiterhin werden die Christen angefeindet, weil sie im Verhältnis zu ihrer Zahl zu viele einflußreiche Stellungen innehaben (da sie eine bessere Ausbildung mitbringen!), weil sie sich arrogant gebärden und mit ihren Gebäuden prahlen sollen. Im Grunde läuft diese Anklage darauf hinaus, daß man voller Neid und Mißgunst sieht, wie die Christen sehr viel Geld — mit Unterstützung des Auslandes — in Entwicklungsprojekte stecken, während man sich selbst aus Mangel oder Unvermögen auf Polemik und traditionelle Frömmigkeitsübungen beschränken muß.

Die mohammedanische Zeitschrift „Yageen“ rief deshalb in einem „Brief aus Indonesien“ am 7. Dezember 1967 dringend zu internationaler islamischer Solidarität auf, um dem Aufgebot an Missionaren und Mitteln der Christen begegnen zu können.

Möglichkeiten für ein zukünftig besseres Miteinander weisen von katholischer Seite die Spitzen der „Partei Katolik“ und der Tageszeitung „Kompas“ auf, die u. a. manche Gründe für die augenblickliche Zwietracht auf der eigenen Seite sehen. So kann man im Augenblick nur hoffen, daß auch auf dem Gebiet der religiösen Auseinandersetzungen das Jahr 1968 schließlich nicht ein Jahr der „Erschöpfung der Geduld des Volkes“, sondern ein Jahr des Beginns der Ruhe und der Zusammenarbeit genannt werden kann.